



Stadt Wetter (Ruhr)

Reden der Fraktionen zum Haushalt

2018

Hinweis: Die Fraktionen SPD und CDU haben ihre Reden frei gehalten.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
Sehr geehrte Ratskolleg*innen,
Sehr geehrte Mitarbeiter*innen der Verwaltung,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hasenberg,

Wir haben jetzt schon sehr viel Positives, sehr viel Lob und Eigenlob gehört. Ich spüre richtig, wie die Sonne aufgeht über Wetter, oder, um Inge Holland zu zitieren:

Und wenn die liebe Sonne lacht, dann hat's die SPD gemacht.

Naja, die FDP möchte auch gern ein paar kleine Strahlen abbekommen.

Gestatten Sie daher, dass wir GRÜNEN nicht auch noch herausstreichen, was es an Lobenswertem gegeben hat und gibt; das war sicherlich Einiges. Ganz aktuell übrigens begrüßen wir sehr die Überlegungen des Bürgermeisters, die Arbeit mehrerer Fachbereiche auf das neue Sparkassengebäude zu konzentrieren.

Dazu fehlt uns allerdings bisher jegliche finanzpolitische oder wirtschaftliche Bewertung und eine Berücksichtigung im Haushalt. Wir bitten die Verwaltung, dazu so schnell wie möglich eine Bewertung aller Be- und Entlastungen des Haushaltes vorzulegen.

Statt - wie gesagt - weiteres Lob zu verbreiten, werden wir an dieser Stelle den Advocatus Diaboli spielen, den Finger in die Wunden legen und die Dinge aufzeigen, die eben nicht gut gelaufen sind oder gut laufen. Sei es auch nur, um das Bild zu objektivieren.

Beginnen wir mit dem abgelaufenen Jahr 2017.

Thema Jahresabschlüsse:

- Wir beschäftigten uns mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014, den wir eigentlich im Jahr 2015 hätten feststellen müssen. Trotz der umfassenden Erleichterungen, die das Land nach der Umstellung auf das NKF beschlossen und schon einmal verlängert hat, sind wir noch zwei Jahre im Verzug mit diesem Jahresabschluss.
- Den Entwurf des Jahresabschlusses 2015 erhalten wir in dieser Sitzung. Der wird dann wohl in 2018 festgestellt werden können. Wir haben also keineswegs aufgeholt.
- Wir beschäftigten uns mit dem Gesamtabschluss 2010. Dazu bedarf es eigentlich keines Kommentars. Es ist nach sieben Jahren auch schon ziemlich schwierig zu klären, auf welcher Grundlage dazu Bewertungen vorgenommen werden. Es haben sich einige Bestimmungen und Herangehensweisen verändert in so langer Zeit. Das einzig Erfreuliche an diesem Prozess war, dass der Kämmerer nun aufgrund der Hinweise aus externen Prüfungen einige Verfahren so geändert hat, wie wir es schon sehr lange gefordert haben.

Manche hier stellen sich auf den Standpunkt, auf den gesetzlichen Fristen zur Einbringung und Prüfung der Abschlüsse zu bestehen oder vielleicht nur daran zu erinnern, sei kleinkariert und formalistisch. Nein, es handelt sich um Verstöße gegen Gesetze, die wir alle gelobt haben einzuhalten. Vor allem aber ist es uns Ratsmitgliedern kaum möglich, die neuen Ansätze zu bewerten, weil wir die alten Ergebnisse nicht oder nur eingeschränkt kennen. Es ist übrigens auch erstaunlich, wie sich im Zuge der hier praktizierten Vergangenheitsbewältigung mitunter Jahresergebnisse noch verändern, die doch schon etliche Zeit zurückliegen. Kurz gesagt: Wir haben keinen klaren Überblick über die Finanzlage.

Thema Übertragung von Haushaltsmitteln:

Da ist es selbst der Verwaltung mulmig geworden, weil es jetzt doch ein bisschen übertrieben wurde. Sie schreibt:

„Im Vergleich zu den Vorjahren fällt die Summe der Ermächtigungsübertragungen hoch aus. Dieses ist unter anderem auf verschiedene Mehrfachübertragungen von Ermächtigungen für Baumaßnahmen zurückzuführen.“ In Zahlen gesprochen:

Maßnahmen im Wert von 6.5 Mio. € sind vom Rat durch Beschluss beauftragt, aber nicht ausgeführt worden. Das ist sehr ärgerlich und einer der Gründe dafür, warum so manche Bürgerinnen und Bürger

die Geduld mit der öffentlichen Verwaltung und mit der Politik verlieren, die die Verwaltung ja eigentlich kontrollieren sollte – wenn sie könnte.

Wer jetzt allerdings glaubt, dass damit das Ergebnis 2016 um eben diese 6,5 Mio. € besser ausgefallen wäre, weil die Maßnahmen ja nicht durchgeführt wurden, der wundert sich. Oder würde sich wahrscheinlich wundern, wenn er oder sie genaue Zahlen hätte. Das Geld ist nämlich trotzdem weg. Jedenfalls soll der allgemeinen Rücklage sogar noch mehr entnommen werden als geplant. Man kann sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, dass der Kämmerer sich durch solche Manöver Verfügungsmasse besorgt, für den Fall, dass die Planungen an anderer Stelle nicht passen, u.a., weil der Haushaltsausgleich dargestellt werden musste, wo er nicht darstellbar ist.

Die Verwaltung hat allerdings, wie gesagt, Besserung versprochen und wollte zukünftig mehrfach übertragene Maßnahmen neu veranschlagen. Leider ist ihr das erst nach Aufstellung des Haushaltes wieder eingefallen, so dass diese Posten alle erst in der Änderungsliste auftauchten. Da allerdings tun die geschobenen Investitionen, was in der Vorlage im letzten Sommer zutreffend beschrieben wurde: Sie belasten den neuen Haushalt. Doch dazu später.

Im Zusammenhang mit den Techniken des Übertragens und Schiebens seien hier auch die Straßenprojekte angesprochen. Einige Straßen in Wetter haben erheblichen und festgestellten Überarbeitungsbedarf. Dazu werden seit Jahren Maßnahmen im Haushalt aufgeführt, aber immer wieder verschoben. Dies geschieht in einer Weise, die es den Ratsmitgliedern enorm schwierig macht, den Überblick zu behalten. Wir sind der Meinung, dass für diese bekannten und als notwendig festgestellten Straßenbauprojekte Rückstellungen gebildet werden sollten, damit Reparaturbedarf und entsprechende Haushaltsmittel synchron laufen. Der Kämmerer hat dies abgelehnt, da es sich nicht um Unterhaltungsmaßnahmen handele sondern um investive Maßnahmen. Zum Einen ist diese Abgrenzung nicht immer eindeutig. Zum Anderen kann man auch die Bauunterhaltung so lange rausschieben, bis daraus eine Grundüberarbeitung im Sinne einer Investition wird. Wenn sich daraus ein Instrument entwickelt, Haushaltsbelastungen nicht entsprechend den Notwendigkeiten darzustellen, läuft was falsch.

Thema Nachtragshaushalt:

Es wurde ein Nachtragshaushalt nötig, weil die umgekippte Drehleiter ersetzt werden musste. Das ist erklärlich und unspektakulär. Spektakulär ist an diesem Nachtragshaushalt allerdings die Seite ganz am Ende. Das ist inzwischen meine Lieblingsseite, weil sie in jedem Haushalt neue Überraschungen bringt, leider allerdings selten gute: Die Entwicklung des Eigenkapitals. Diese Seite des Nachtragshaushaltes besagt also, dass unsere allgemeine Rücklage, die bei der Aufstellung des Haushaltes 2017 mit 30.224.000 € angegeben wurde, im Sommer 2017 nur noch bei 20.836.000 € steht. Der Verlust von 10 Millionen € erwächst aus ansteigenden Veränderungen seit 2014. Das ist enorm besorgniserregend in Bezug auf unsere allgemeine Rücklage. Es zeigt aber auch, wie wenig zuverlässig die Aussagen des Kämmerers über unsere Haushaltslage sind, solange er mit den Abschlüssen im Rückstand ist. Wir beschließen Haushalte im Vertrauen darauf, noch eine vertretbare allgemeine Rücklage zu haben und erfahren im Nachhinein, dass sie in Wirklichkeit seit Jahren sehr viel kleiner war als wir glauben gemacht wurden und mal eben ein Drittel eingebüßt hat.

Indem auf S.716 des Nachtragshaushaltes diese Information unkommentiert erscheint, schiebt der Kämmerer sie uns unter und macht uns damit wissend und verantwortlich, ohne uns darauf aufmerksam zu machen. Das ist nicht vertrauensbildend.

Nachtrag: Haushaltsplanung ist immer eine Fortsetzungsgeschichte. Bis zur dritten Änderungsliste hat sich unsere allgemeine Rücklage schon mehrfach wieder verändert, auch in Bezug auf 2015. Aber jetzt, freut sich das gutgläubige Ratsmitglied, jetzt ist unsere allgemeine Rücklage wieder gewachsen. Wir haben jetzt 26.411.000 € in der Reserve. Wäre da nicht ein kleines Sternchen. Dieses Sternchen will uns sagen, dass die Entnahme 2016 und Effekte 2016 der vorläufigen Jahresrechnung im Vorbericht entsprechen. Das klingt auch noch unbedenklich. Doch diese vorläufige Jahresrechnung kommt bekanntlich u.a. ohne Abschreibungen aus. Wir müssen also wieder mindestens 5 Millionen € von unserer Rücklage abziehen, landen doch wieder bei etwas mehr als 20 Millionen. Eine solche

Darstellung hat wenig mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu tun. Und wenn wir die 5 Mio. von den uns in 2022 noch verbleibenden 9 Mio. abziehen, sind wir sehr nah an der Überschuldung...

Thema Planung:

Oben war bereits davon die Rede, dass beschlossene Investitionen über Jahre geschoben werden. Nicht immer kennen wir die Gründe dafür. Doch es ist eigentlich noch schlimmer - wie wir seit vielen Jahren am Beispiel von angestrebten Verbesserungen für den Radverkehr erleben mussten. Seit Jahren wiederholt sich ein Ritual der Verzögerung. Kommt ein Vorschlag nicht gerade von der SPD, wird zunächst darauf verwiesen, dass man gar nicht darüber diskutieren muss, solange kein Geld dafür da ist. Vielleicht könnte man schon mal Konzepte machen? Nein, das kostet auch Geld und wozu der Verwaltung Arbeit machen, wenn man noch gar nichts im Haushalt stehen hat. Neuerdings haben wir übrigens auch noch die Variante, dass Fraktionen einen Antrag stellen sollen, damit darüber beschlossen wird, ob sie einen Antrag stellen dürfen, in einer der nächsten Sitzungen über ein Thema zu reden. Mit solchen Mätzchen geht leicht ein halbes Jahr ins Land.

Bei Vorschlägen in den nächsten Haushaltsverhandlungen wird darauf verwiesen, dass man kein Geld einstellen kann ohne Konzept und so weiter. So vergehen Jahre, bis überhaupt mal Planungsmittel eingestellt werden.

Beim Radverkehr sind wir nach lockeren zehn Jahren weiter. Wir haben ein Konzept, das einige Maßnahmen vorschlägt. Das war immerhin ein Erfolg in 2017. Wir haben aktuell unseren Antrag auf Mittel zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes zurückgezogen gegen das Versprechen, dass in der ersten UVA-Sitzung über Maßnahmen beraten wird. Dann könnte es ja tatsächlich in 2019 vielleicht was werden.

In anderen Fällen überwirft man sich mit Planern oder findest gar nicht erst welche, übersieht, dass man nicht über Privatgrundstücke verfügen kann, verletzt die eine oder andere Vorschrift und so weiter. Bürger und Bürgerinnen haben, wie zuletzt bei den naturwissenschaftlichen Räumen am Gymnasium, wenig Verständnis dafür, warum alles so lange dauert. Und wir können es ihnen nicht erklären, weil wir nicht oder falsch informiert werden.

Wenn die Bürger*innen allerdings in einem Verfahren Anregungen und Einwendungen machen, wie in großer Zahl gegen das unwirtschaftliche, Natur und ein Naherholungsgebiet zerstörende Gewerbegebiet am Stork geschehen, müssen sie sich in öffentlicher Sitzung sagen lassen, dass ihre Anregungen zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht berücksichtigt werden, denn – und das ist ein Original-Zitat: „Alles, was für die Planung relevant ist, haben entweder wir selbst (die Verwaltung) oder die Gutachter abgewogen und geklärt.“ Der Sonnenkönig lässt grüßen. Eine solche Haltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ist noch schlimmer veraltet als die Verfahren und Gesetze, auf die man sich immer noch am Stork zu berufen können glaubt. So funktioniert Bürgerbeteiligung nicht. Und Bürgerzufriedenheit erst Recht nicht.

Und es gibt noch eine Kategorie von Planungen: Wenn man weiß, dass ein Wunschprojekt durch konzeptuelles Arbeiten gefährdet sein könnte, zieht man es vor, bevor die Arbeit am Konzept unerwünschte Ergebnisse bringt. Das hat bei Sportplätzen schon mehrfach gut funktioniert.

Thema Haushaltsplanentwurf 2018:

Im September haben wir den Haushaltsplanentwurf 2018 erhalten. Darin ist ein Defizit von 6,5 Mio. € vorgesehen. Inzwischen sind wir bei Änderungsliste Nr. 3 angekommen. Bemerkenswert war vor allem, dass die erste Änderungsliste, die nach den Fachausschüssen kam, viele Positionen enthielt, die schon im Entwurf hätten aufgeführt sein können und müssen. Wieso standen die nicht schon im Entwurf? Es gab weiterhin Überraschungs-Coups wie den SPD-Antrag auf 1,6 Mio. € für ein neues Feuerwehrhaus in Wengern. Kommen zu Ihnen eigentlich auch so viele Bürger*innen, die fragen, warum wir nicht die Feuerwehren von Esborn und Wengern in einer gemeinsamen Wache unterbringen, zumal sie doch sowieso gemeinsam ausrücken? Bei uns häufen sich diese Fragen in letzter Zeit. Die Wetteraner verstehen nicht, warum wir angesichts unserer Haushaltslage nicht selbst auf solche Gedanken kommen.

Es finden sich in der Änderungsliste auch die Neuveranschlagungen alter Maßnahmen, die, wie oben bereits erwähnt, den neuen Haushalt belasten. So ist es denn kein Wunder, dass aus dem geplanten Defizit von 6,5 Mio. € doch 9,2 Mio. € geworden sind. Die allgemeine Rücklage muss in 2018 um 34 %, mehr als Drittel geschöpft werden. Eigentlich sogar um die Hälfte, denn wir haben ja nicht 26 Mio. Sondern nur 20 Mio., von denen fast 10 entnommen werden müssen. Finden Sie das nicht alarmierend?

Dabei ist die eine oder andere Position noch gar nicht aufgeführt: Wie viel ist noch übrig von den ursprünglich 2 Mio. € Abschreibungen für das alte Hauptschulgebäude? Im Haushalt finden wir keine Antwort auf diese Frage. Auch in den Folgejahren gibt es unberücksichtigte oder kleingeredete Risiken, die im Millionenbereich liegen: Wir wissen und haben beschlossen, dass wir zusätzliche Kindergartenplätze brauchen. Das wird, egal, wie es läuft, nicht ohne finanzielle Beteiligung der Stadt funktionieren. Die Bauunterhaltung, wir haben seit Jahren darauf hingewiesen, schafft sich nahezu selbst ab, indem sie ihren Ansatz von 2,2 Mio auf 197 000 € runterschraubt. Die Personalaufwendungen sinken. Erleben wir nicht jetzt schon gehäuft, dass Beschlüsse nicht umgesetzt und Aufgaben nicht erledigt werden wegen Personalmangels?

Dies sind Faktoren, die den Haushaltsausgleich darstellbar, aber nicht überzeugend machen.

Vielleicht können Sie das nachvollziehen: Wir machen uns ernsthaft Sorgen um unseren Haushalt. Wir haben bisher Glück gehabt. Aber: eine Stadt, die bei derart guter wirtschaftlicher Lage ein Defizit von 10 Mio.€ einplant und dafür die Hälfte ihrer Rücklage verbrauchen muss, kann nicht behaupten, die Situation im Griff zu haben.

Mitten in solche Grübeleien platzt, vorgetragen mit strahlenden Kinderaugen, ein Antrag von SPD und FDP: Die Haushaltsverhandlungen hätten gezeigt, wie gut wir in den letzten Jahren gewirtschaftet hätten. Und weil wir in 2022 einen Überschuss von 500 000 € hätten, könnten wir die für 2022 geplante Erhöhung der Grundsteuer B zurücknehmen. Geht's noch?

Das war der Zeitpunkt, wo die letzten Zweifler bei uns fassungslos den Kopf schüttelten und niemand mehr da war, der dem Haushalt zustimmen wollte. Ein solcher Antrag ignoriert die Haushaltslage und täuscht überdies die Bürgerinnen und Bürger darüber, dass tatsächlich in 2018 die Grundsteuer B angehoben wird. Denn die Botschaft soll ja sein: Wir verhindern Steuererhöhungen.

Verständlich ist ein solches Vorgehen schon. Der Wunsch, als Macher zu erscheinen und Zuversicht zu verbreiten, ist sicher verführerisch. Aber das eigene gute Image darf nicht wichtiger sein als die Lage der Stadt. Und es ist auch nicht hilfreich, den Eindruck zu vermitteln, dass in den nächsten Jahren Wunschzettel eingereicht werden können. Unsere Haushaltslage bleibt weiterhin sehr angespannt. Wir müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um wieder Souveränität über unsere Haushalte zu bekommen. Dazu gehören belastbare Aussagen über Jahresergebnisse und Eigenkapital ebenso wie eine Reduzierung unserer Defizite. Wir brauchen nachhaltige Veränderungen, die uns über das magische Jahr 2022 hinweghelfen. Denn sonst, selbst wenn wir die Hürde 2022 schaffen sollten, landen wir gleich wieder in der Haushaltssicherung. Wer die Situation stattdessen beschönigt, dem können wir nicht zustimmen. Wir werden also diesen Haushalt ablehnen.

CSR-Ratsfraktion-Wetter / Hermann-Henning-Straße 23 / 58300 Wetter (Ruhr)

Fraktionsvorsitzender

Christopher David Krüger
Hermann-Henning-Str. 23
58300 Wetter
Telefon: 0151/68452506
E-Mail: c.krueger@csr-wetter.de

Haushaltsrede

Rat am 14.12.

.....

14. Dezember 2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Verwaltung,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

zu Beginn begrüße ich Sie recht herzlich zur Haushaltsdebatte, hier in unserem provisorischen Ratssaal. Warum provisorisch? Weil es in der vergangenen Legislaturperiode üblich war Ratssitzungen im Stadtsaal durchzuführen. Aber zu diesem Punkt gleich noch mehr.

Zuerst möchten wir als CSR-Fraktion auf den Haushalt für 2018 aus unserer Sicht hinweisen.

Die Stadt rechnet mit Erträgen in Höhe von rund 63,5 Mio. €. Demgegenüber stehen Ausgaben in Höhe von rund 70 Mio €. Somit haben wir 2018 eine Lücke von gerundet 7 Mio. € zu verkraften. Wird nun der Schuldenstand der Stadt Wetter (Ruhr) pro Kopf gerechnet, entspricht das einen Schuldenstand pro Einwohner zum 01.01.2018 von 2.281,76€.

Aber was verbirgt sich hinter diesen Zahlen? Was wurde unternommen? Und wo steuert die Politik hin?

Natürlich war, wie in den vergangenen 10 Jahren der Stork ein großer Streitpunkt, in der politischen Debatte. Hier möchte ich auch noch einmal klipp und klar betonen, dass die CSR-Fraktion gegen ein Gewerbegebiet am Stork votiert hat und weiterhin



| CHRISTLICH-SOZIALE REFORMER |

votieren wird. Und da dürfen sich die Kollegen aus der Sozialdemokratie und der FDP nicht auf den Schlips getreten fühlen. Aber wenn man Fraktionen (hier CDU, Grüne und CSR) nicht politisch partizipieren lässt, muss man Entscheidungen auf Fakten treffen. Und diese sind aus unserer Sicht bis zum heutigen Tag klar gegen einen Bau des Gewerbegebiets. Auch wenn Sie nun Herr Bürgermeister erzählen Die Firmen Burg, oder Bleistahl hätten gerne das Gewerbegebiet besiedelt, so habe ich keine Rückmeldungen von diesen Firmen erhalten. Somit können wir nach den Teilumsiedelungen der Firmen nur in die Glaskugel sehen, ob die Gewerbeflächen genommen und auch ausreichend für diese Unternehmen gewesen wären. Natürlich ist die CSR-Fraktion für Gewerbe, aber dieses Gewerbe muss mit Vernunft angesiedelt werden. Hier müssen perspektivisch die Verwaltung, oder die Gewerbetreibenden auch mit offenen Karten den Oppositionsfraktionen gegenüberstehen. Da sonst die Entscheidungsfindung nur auf Fakten gefunden werden kann.

Allerdings (UND DAS MÖCHTE ICH NOCHMAL BETONEN) ist das Gewerbegebiet nicht an der politischen Mehrheit gescheitert, sondern in der Schlussinstanz an der nicht gut genug ausgearbeiteten Vorlage, die das Gericht für nicht Wirksam erachtet hat. Dies möchte ich hier in aller Klarheit noch Betonen! Nicht CDU, nicht Grüne und auch nicht die CSR sind an der Nichterschließung zum heutigen Tag Schuld!

Nun kommen auch noch die verkehrstechnischen Störungen und Unwägbarkeiten hinzu. Besonders die geplante Sperrung der A1-Auffahrt in Volmarstein muss hier besser geplant werden. Hier freuen wir uns ausdrücklich, dass die Verwaltung unsere Kritik zu Herzen genommen hat. Des Weiteren sollen Brückenarbeiten in Gevelsberg durchgeführt werden und die Brücke am Obergraben ist noch nicht fertiggestellt, was aus unserer Sicht in einer Katastrophe enden könnte, um es klar zu definieren.

Bei dem Themengebiet Marketing begrüßt, die CSR-Fraktion der Ausbau des Stadtmarketings ausdrücklich. Auch die Ansiedlung des Edekas in Wengern sieht die CSR-Fraktion positiv. Hier müssen perspektivisch die Bürger durch Stadtteilkonfe-



| CHRISTLICH-SOZIALE REFORMER |

renzen (wie sie in Vergangenheit) stattgefunden haben auch an zukünftigen Projekten beteiligt werden.

Kommen wir zum Thema Schule und Kultur. Während wir im Themenbereich Schule unter anderem die Kooperation, oder auch Fusion von Wengern und Esborn begrüßen, müssen wir darauf aufpassen, dass die Ausstattung der Räumlichkeiten auf einem angemessenen Level bleibt und nicht aufgrund von baulichen Engpässen zum Erliegen kommt. Besonders die Sicherheit darf nicht vernachlässigt werden. So sind wir ähnlicher Meinung wie die FDP, dass Evakuierungstühle angeschafft werden müssen, da wo es keine anderen Optionen gibt. Hier müssen Sicherheit und die Bildung seitens der Ausrüstung gewährleistet sein. Allerdings sehen wir den Themenkomplex Kultur mit gemischten Gefühlen. Besonders die jährlichen Abführungen an die Lichtburg und die Instandhaltung des Stadtsaals halten wir für mehr als Bedenklich. Jedes Jahr tritt die Lichtburg an die Stadt heran und bittet um höhere Zuschüsse, als vorgesehen sind. Hier sollte von Anfang an Klarheit geschaffen und nicht immer nachträglich nachgebessert werden. Besonders die Immobilie Stadtsaal macht uns Kopfzerbrechen, wenn man nun den Ausführungen des Bürgermeisters aus der gestrigen Tageszeitung folgt.

Hier soll bei dem Erwerb des Sparkassenneubaus von 2001 auch die Räumlichkeiten für unterschiedliche Zwecke genutzt werden. Diesseits bekommen wir nun die Schellte für den Nichtverkauf des Stadtsaal an die fr. ev. Kirche. Diese hätten uns von den kommenden Belastungen in sechsstelliger Höhe entlastet und hätten uns so mehr Spielraum geboten. Allerdings gab es ja in diesem Gremium Stimmen, die mit einer Gemeinde und dem Kreuz an sich nichts anfangen konnten. Wir sagen hier nur, traurig genug!

Ob und wie ein Kauf für das Verwaltungsgebäude der Sparkasse in Betracht kommt muss gründlich geprüft werden. Umso mehr sind wir verwundert, dass Sie Herr Bürgermeister gestern an die Öffentlichkeit getreten sind! Hier hätten wir uns mehr Fin-

gerspitzengefühl gewünscht. Warum sind wir in dem Pressebericht diejenigen, die sich um das Sparkassengebäude bemühen? Ganz umgekehrt müsste es sein.

Da die Sparkasse durch die Fusion anscheinend den Raum Gevelsberg präferiert, könnte unter Umständen die Stadt Wetter Verhandlungspartner für das Gebäude werden. Denn eines muss bedacht werden. Dieser Prachtbau ist nicht nach heutigen energetischen Maßstäben gebaut worden! Auch wenn natürlich eine Zentralisierung der Bürgerdienste für die Bürger eine Bereicherung wären.

Wir werden jedenfalls diesen Prozess konstruktiv begleiten und hoffen, dass Informationen offen und ehrlich an Ratsmitglieder weitergegeben werden. Um anschließend für oder auch gegen einen Kauf des Gebäudes zu votieren!

Im Bereich AGSDO betonen wir unsere Freude über den Neubau und die Verbesserung der Ausstattung der Feuerwehr, die aus unserer Sicht eines der wichtigsten Bestandteile unserer Gesellschaft ist. Wir hoffen, dass der Bau des Feuerwehrgerätehaus nun ohne Verzögerungen gebaut werden kann. Auch die Belastungen durch Zuzug werden wir in Zukunft im Haushalt sehen und damit umgehen müssen.

Kommen wir zu dem Bereich Sport. Hier dürfen wir gespannt sein, wie das GFG 2018 in den Bereich Sport einschlägt. Besonders freuen wir uns über den Sportstättenleitplan. Zu diesem hat die CSR-Fraktion Anregungen bei der Verwaltung eingereicht. Hinzu halten wir eine Errichtung eines Trimm-Dich-Pfades für sinnvoll. Auch die Sanierung Sportplatz Volmarstein wird fällig, die die CSR-Fraktion schon im Jahr 2015 angemerkt hat. Leiden tun wir ebenso mit dem TuS Wengern, der seine Pläne für den Vereinsheimbau geändert hat. Noch in den letzten Jahren hätte die Stadt 200.000€ für einen Neubau bereitgestellt. Nun soll es eine kleinere Variante werden. Wir wünschen dem Verein gutes Gelingen. Allerdings müssen wir uns alle hier Gedanken machen, ob Wetter so wie bisher im Bereich Sport verfahren, oder auch Leistungssport anbieten möchte. Indes müsste dafür die nötige Infrastruktur geschaffen

werden. Wir werden sehen, was bei dem Sportstättenleitplan herauskommt und ob unsere Anregungen angenommen werden.

Nächster Themenbereich ist das Thema Jugendarbeit. Wir sind uns stets bewusst, dass gerade im Jugendamt sehr viel Arbeit auf die Verwaltung zugekommen ist. Allerdings halten die BfW- und wir als CSR-Fraktion die Beteiligung der Jugend an der Politik für unumgänglich. Natürlich ist es schön, wenn der JAK einen Tannenbaum in Volmarstein schmückt. Dennoch fänden wir es besser wenn die Jugend auch mal zu politischen Themen Ihre Stimmen erheben könnte. Aus diesem Grund muss der Jugendarbeitskreis mehr Kompetenzen bekommen. Uns ist hier der Name egal. Allerdings halten wir ein Konzept ähnlich wie in Herdecke mit dem Kinderjugendparlament für mehr als sinnvoll und haben aus diesem Grund auch heute eine 15-Stunden-Stelle für diesen Bereich beantragt. Jedenfalls müssen Kinder Informationen neutral durch die Verwaltung erhalten. Dies ist uns jedenfalls wichtig.

Kommen wir zu dem letzten Punkt unserer Haushaltsrede. Wir versuchen stets konstruktiv am politischen Geschehen teilzunehmen und mitzuarbeiten. Umso mehr sind wir darüber betrübt, wie anscheinend unterschiedlich miteinander umgegangen wird. Besonders die Spam-Ordner-Affäre hat uns zu Denken gegeben. Hier hätten wir uns wenigstens über eine Entschuldigung seitens des Bürgermeisters gefreut. Diese kam bis zum heutigen Tag nicht. Auch die beantragte Schweigeminute für unseren ehemaligen Kanzler Dr. Helmut Kohl hat mich bestürzt. Hier sollte für einen Staatsmann, der über 16 Jahre die Staatsgeschichte manövriert und den Kommunen eine Stimme im europäischen Parlament verschafft hat, aufgestanden werden. Anstatt 1 Minute aufzustehen, wurde stattdessen 45 Minuten über das Nichtaufstehen diskutiert. Dieses Verhalten hat mich persönlich sehr schockiert und hat mir gezeigt, dass manche Menschen nicht gelernt haben, was die wichtigsten Werte unserer Gesellschaft sind. Und da möchte ich jetzt auch hier keine Namen nennen, aber schockiert bleibe ich! Dabei war ich über das Verhalten der CDU-Fraktion bestürzt, die sich bei der SPD-Fraktion entschuldigten, weil man für den eigenen Kanzler mal stimmen müsse. Ge-

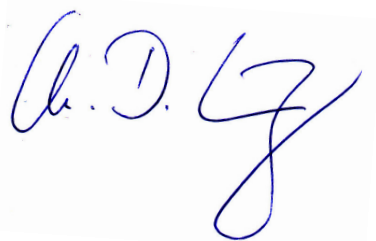
CSR

| CHRISTLICH-SOZIALE REFORMER |

rade diese Wortmeldung hat mir gezeigt, das anscheinend nur wenig menschliche Empathie in unserem Raum herrscht. Ich hoffe jedenfalls, dass wir im kommenden Jahr besser miteinander umgehen und auch Sie Herr Bürgermeister mit jedem der Fraktionen reden, auch wenn es manchmal nicht Ihrer Meinung entsprechen sollte.

Da das Gewerbegebiet am Stork, die außerplanmäßigen Mittel im Bereich Kultur und unserer Antrag die Jugendarbeit umzustrukturieren abgelehnt wurden, werden wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen



(Christopher David Krüger)

Rede zum Haushaltsplan 2018

-Es gilt das gesprochene Wort.-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hasenberg,
Sehr geehrter Bürgermeister,
sehr geehrter Verwaltungsvorstand,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates!

passend zur Jahreszeit heißt es „alle Jahre wieder“ hier im Rat der Stadt Wetter und wir sind verantwortlich dafür, einen städtischen Haushaltsplan für das kommende Jahr zu beschließen. Ich weiß nicht wie sie es empfinden, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber mein Eindruck ist, dass sich die Haushaltsberatungen in diesem Jahr durchaus weniger spektakulär vollzogen haben im Vergleich zu manch einer der Vorjahren. Das soll in keinem Fall enttäuscht klingen, sondern zeigt doch viel mehr, dass Politik und Verwaltung in der Vergangenheit und auch unterjährig ihrer Verantwortung nachgekommen sind und ihre Hausaufgaben gemacht haben. Hinzu kommt, dass sich die Rahmenbedingungen für den kommunalen Haushalt leicht, leicht verbessert haben. Beispiele sind hier: Die Abschaffung der unsäglichen Abundanzumlage durch die neue Landesregierung, Erleichterungen beim Unterhaltsvorschussgesetz sowie erstmalig der Erhalt von Schlüsselzuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Aber machen wir uns nichts vor: Darüber hinaus kommen uns natürlich die allgemein gute wirtschaftliche Situation, die sich in verbesserten Orientierungsdaten niederschlägt, sowie die weiter anhaltende Niedrigzinsphase zugute.

Dass dies alles aber noch lange keinen Anlass zur Euphorie gibt, zeigt dann der einfache Blick in den Haushalt 2018 sowie in das Haushaltssicherungskonzept.

Laut dritter Änderungsliste für den Haushaltsplan 2018 stehen den Erträgen in Höhe von etwa 63,5 Mio. € Aufwendungen von 72,7 Mio. € gegenüber. Das ergibt ein Plandefizit in Höhe von etwa 9,2 Mio. €, welches das städtische Eigenkapital weiter verringern wird. Eine Situation die sicher unbefriedigend ist und zeigt, dass wir unsere Sparanstrengungen nicht aufweichen dürfen! Aber auch hier lohnt sich unserer Meinung nach ein differenzierter Blick auf die Zahlen: Wenn wir die Aufwandsseite näher betrachten, so müssen wir -wie in jedem Jahr- feststellen, dass der Gestaltungsspielraum für die Wetteraner Politik doch äußerst gering ist. Der Haushalt ist geprägt durch Transferaufwendungen. Hinzu kommt eine Kreisumlage in Höhe von 16,6 Mio. € und bilanzielle Abschreibungen in Höhe von fast 5 Mio. €. Wenn man bedenkt, dass die freiwilligen Leistungen, also die Ausgaben für die Bürgerinnen und Bürger, die der Wetteraner Rat vollumfänglich gestalten kann, bei gerade einmal 3,9 Mio. €

liegen, dann ist das Kernproblem schnell erkannt. Es ist wie es ist: Die Kommunen kranken an der viel zitierten strukturellen Unterfinanzierung und können nur darauf hoffen, dass Bund und Land irgendwann anfangen, nicht nur die Symptome, sondern eben auch die strukturellen Ursachen zu behandeln.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Rahmenbedingungen möchte ich mich im Namen der gesamten FDP-Fraktion bei der Verwaltung und insbesondere bei unserem Kämmerer und seinem Team bedanken. Auch in diesem Jahr ist es wieder gelungen, dem Rat einen genehmigungsfähigen Haushalt 2018 sowie das für Wetter so wichtige Haushaltssicherungskonzept 2018 – 2022 zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Das HSK weist im Planjahr 2022 den so wichtigen Überschuss aus. Damit erhalten wir uns vor Ort trotz aller externen Belastungen die Luft zum Atmen und sichern die Lenkung der Geschicke in dieser Stadt dort, wo sie hingehört: In den Wetteraner Rat!

Dadurch konnte aus FDP-Sicht bereits Vieles umgesetzt werden: Erfreulicherweise haben wir schon große Schritte in Richtung einer familienfreundlichen Stadt Wetter (Ruhr) gemacht. Baugebiete für junge Familien wurden erschlossen, wir haben massiv in die Schulen investiert, die Infrastruktur für den Schulsport am Gymnasium verbessert, eine neue Kindertagesstätte erbaut und ein nachhaltiges Investitionsprogramm für die städtischen Spielplätze beschlossen. Darüber hinaus konnten wir im letzten Jahr die Erhöhung der Grundsteuer verhindern und auch in diesem Jahr durch einen gemeinsamen Antrag mit der SPD-Fraktion die ursprünglich zusätzliche Erhöhung der Grundsteuer B im Planjahr 2022 gegenüber dem Entwurf zurücknehmen. Dadurch halten wir die Balance zwischen der Sicherung der Handlungsfähigkeit vor Ort auf der einen, und dem Verzicht auf ausufernde Steuererhöhungen auf der anderen Seite. Heute können wir in Wetter auf die niedrigste Grundsteuer im EN-Kreis blicken. An die Adresse der Grünen zum Thema Grundsteuer kann ich wiederholt nur sagen: Wenn man ihrer Argumentation konsequent folgt, wo bleibt dann ihr Antrag die Steuer massiv anzuheben, so dass das Haushaltsdefizit ausgeglichen wird? So ernst kann das Anliegen ja dann nicht gemeint sein. Denn diese Steuern möchte doch wohl niemand hier im Rat den Wetteraner Bürgerinnen und Bürgern zumuten?!

Mit einer Reihe weiterer gemeinsamer Anträge sind wir unserem Gestaltungsanspruch gerecht geworden:

Wir investieren in den Brandschutz. Es wurden 1,6 Mio. € für den Neubau der Feuerwache in Wengern bereitgestellt. Damit können wir eine zukunftssichere Feuerwache an einem neuen Standort erbauen. Eine Erweiterung am aktuellen Standort kam für die FDP-Fraktion nicht infrage, da sie nicht nachhaltig wäre und ein Zweckbau mit Blick auf die funktionierende Gastronomie und den Tourismus im historischen Ortskern, der gerade auch von Radfahrern im Sommer gerne angesteuert wird, kontraproduktiv wäre. Eine Zentralisierung mit der Wache Esborn -wenn sie auch finanziell eventuell wünschenswert wäre- ist aber mit Blick auf unseren Brandschutzbedarfsplan überhaupt nicht möglich. Hier geht die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger deutlich vor haushalterische Überlegungen.

Darüber hinaus investieren wir in die Wetteraner Sportstätten. Der Kunstrasenplatz an der Köhlerwaldstraße wird erneuert. Diese Entscheidung steht auch im Einklang mit der in Erstellung befindlichen Sportstättenleitplanung. Der Platz wird intensiv genutzt und würde daher auch zukünftig sicher nicht zur Disposition stehen. Zusätzlich haben wir aber durch einen Antrag erreicht, dass das Verfahren bei der Erstellung des Sportstättenleitplans beschleunigt wird und wir im kommenden Jahr hier zu einer intensiven Diskussion um die Zukunft der Sportinfrastruktur in Wetter kommen können.

Auch mit Unterstützung der FDP-Fraktion wird das Umfeld des Stadtsaals im kommenden Jahr attraktiviert und der Bereich um die Freiheit in den kommenden Jahren angegangen.

Ein weiteres Vorhaben der FDP-Fraktion im sozialen Bereich konnte jüngst durch einen gemeinsamen Beschluss ebenfalls angegangen werden: Wir werden uns im kommenden Jahr intensiv mit der Beitragssatzung für die städtischen KiTas und den offenen Ganztags auseinandersetzen. Ziel der FDP-Fraktion ist hierbei, durch eine feinere Beitragsstaffelung zu einer gerechteren Berechnung zu kommen.

Dann komme ich zum Abschluss auch auf die Zukunftsthemen zu sprechen:

Das Thema „KiTa“ wird uns sicher in den kommenden Jahren weiter beschäftigen. Sicher müssen wir weitere Plätze schaffen, um Angebote zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu machen. Auch hier bringen wir als FDP immer wieder das Thema Betriebskindergarten in die Debatte ein.

Das Thema Bildung: Wir müssen auch perspektivisch weiter in unsere Schulen investieren. Bildung ist unser alleiniger Rohstoff und darüber hinaus ist ein hochwertiges Bildungsangebot vor Ort ein wichtiger Standortfaktor.

Natürlich das Thema Digitalisierung! Aber Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern um das Serviceangebot der Stadt für den Bürger deutlich zu verbessern! Ich freue mich hier über die Zustimmung zu unserem Antrag heute. Wie wäre es mit einer Art „Serviceoffensive der Stadtverwaltung“ mit einem online-Bürgerportal unabhängig von Öffnungszeiten?!

Wichtig ist auch weiterhin ein Bekenntnis zum Industriestandort Wetter, zum Industriestandort EN-Kreis! Hier haben wir weiter 40% der Beschäftigung. Auch hier werden wir als FDP-Fraktion zukünftig weitere Initiativen zu klaren Bekenntnissen einbringen. Ein Beispiel sei nur die Untersuchung zu interkommunalen Gewerbegebieten durch den Kreis. Die Gutachten wurden nicht für Schubladen erstellt. Hier sind nun auch endlich die Räte vor Ort gefragt, dies aufzugreifen und tätig zu werden. Die Flächenbedarfe sind auch nach der endlich positiv erfolgten Entscheidung zum Stork weiterhin vorhanden!

Thema Mobilitätskonzepte der Zukunft: Radverkehr, Radverkehrskonzepte? Sowohl Alltags- wie auch Tourismusverkehr. Ja! E-Mobilität? Ja! Aber bitte nicht ideologisch getrieben, sondern fachlich fundiert und vor allem nachfrageorientiert! Wir haben in Wetter nach wie vor eine bewegte Topographie. Hier müssen wir schauen, wo solche Vorhaben Sinn ergeben. Bei sinnvollen Vorschlägen sind wir als FDP-Fraktion gerne dabei, das unterstützen wir!

Meine Damen und Herren,

aus Sicht der FDP-Fraktion ist der Haushaltplan 2018 und das Haushaltssicherungskonzept 2018 – 2022 nachvollziehbar aufgestellt. Der Haushaltsausgleich 2022 ist darstellbar. Unserer Meinung nach kann man nur aus rein grundsätzlicher, politischer Motivation heraus Gründe für eine ablehnende Haltung zum Haushalt konstruieren. Die FDP-Fraktion orientiert sich aber einzig und allein an der sachlichen Faktenlage.

Daher wird die FDP der Haushaltssatzung und dem Stellenplan sowie dem Haushaltssicherungskonzept 2018 – 2022 zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

8.12.2017

Rede zum Haushalt der Stadt Wetter für das Jahr 2018

Es gilt das gesprochene Wort

Meine Damen und Herren,

Wiederholungen gefallen nicht sagten die alten Römer. Was kann man aber neues sagen zu unserem Haushalt? Unser ausgewiesenes Defizit beträgt 6,3 Millionen. Damit passt es prima in den Schnitt der bisherigen Haushalte, die immer so bei einem Defizit von 6 – 8 Millionen € gelegen hat. Und wie immer verspeisen wir unser Ersparnis, die allgemeine Rücklage.

Schon im Jahr 2014 wies der Haushalt ein Defizit von 8,5 Millionen € aus. Ein Defizit, das nur durch die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden konnte. In diesem Jahr sind es wieder 7,5 Millionen €.

Wir verfrühstückten also unser Vermögen - jedes Jahr wieder. Im Ergebnis müssen Liquiditätskredite, also Überziehungskredite, in Anspruch genommen werden. Der Höchstbetrag der

Liquiditätskredite wird in § 5 vorsorglich mit 57,0 Mio. € festgesetzt, da nicht nur neue Liquiditätskredite aufgenommen werden müssen, sondern auch „Altschulden“ vorhanden sind. Nun gut man könnte sich auf den Standpunkt stellen, bei der derzeitigen Niedrigzinsphase kostet das Geld ja nichts. Aber darf uns das als Entschuldigung dafür dienen keine Konsolidierungsbemühungen zu machen. Ich habe mir mal einige alte Zahlen rausgesucht und festgestellt das der Höchstbetrag für Liquiditätskredite von 29,0 Mio. € im Jahr 2011 sich nach der jeweils aktuellen Liquiditätsplanung in den Haushaltsentwürfen über 37,5 Mio. Euro Ende 2015 auf nunmehr 57 Mio. Euro entwickelt hat. Habe nur ich allein das Gefühl das diese Entwicklung sich nicht wirklich mit einem Konsolidierungsgedanken verträgt?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Grundsteuerhebesätze sind zu hoch, unsere Gewerbesteuerhebesätze sind ansiedlungsfeindlich und überbelasten besonders die mittelständischen Unternehmen in unserer Stadt.

Mit der sogenannten Gewinnabführung des Stadbetriebes wird auch weiterhin den Wetteraner Bürgern das Geld aus der Tasche gezogen, indem man Gebühren des Stadbetriebes zweckentfremdet und als sogenannte „Gewinnabführung“ an den städtischen Haushalt überweisen lässt, statt den Bürgern das Geld über Gebührensenkungen wieder zukommen zu lassen. Dreist und unverschämt verwandeln wir damit auch weiterhin Gebühren in Steuern in der Hoffnung der Bürger merkt es nicht.

Wiederholungen gefallen nicht wie ich eingangs zitiert habe. Trotzdem werde ich nicht müde immer wieder darauf hinzuweisen das diese Politik, Gift ist, wenn wir im Rahmen aktiver Wirtschaftsförderung darauf hinwirken wollen, dass sich weitere werbesteuerzahlende Unternehmen in Wetter (Ruhr) ansiedeln.

Rede zum Haushalt 2018

Ich bin überzeugt ein Weniger bei den Gewerbesteuerhebesätzen würde schon kurz- bis mittelfristig ein Mehr an Gewerbesteuerereinnahmen durch die Ansiedlung zusätzlicher Unternehmen nach sich ziehen.

Herr Wagener, Sie in Ihrer Funktion als Kämmerer haben uns, den Ratsmitgliedern Fragen gestellt.

Ich möchte versuchen, ihnen wenigstens einen Teil Ihrer Fragen von meinem Standpunkt aus zu beantworten.

Sie fragen: a) Welche Produkte (im Sinne des NKF) müssen zukünftig (von der Stadt) „angeboten“ werden, auf welche kann man ganz oder teilweise verzichten? Wie kann möglicher Gestaltungsspielraum genutzt werden? (politische Perspektive). Diese Frage können wir nur beantworten wenn wir uns endlich ernsthaft an einen Tisch setzen und konstruktiv und sachkundig mit Aufgaben der Stadt Wetter beschäftigen. Ich stimme unserem Kämmerer dabei zu, dass wir dürfen unseren Focus dabei nicht auf die freiwilligen Leistungen verengen dürfen. Wir müssen auch Gestaltungsspielräume bei pflichtigen und Pflichtaufgaben nützen.

Die Frage: Wie und durch wen werden die städtischen Dienstleistungen möglichst kostengünstig erstellt? Müssen die Verwaltungsorganisation und die Leistungserstellungsprozesse verändert werden? (finanz- und betriebswirtschaftliche Perspektive). Ich bin der Ansicht, Organisation ist nicht statisch. Allein die Digitalisierung der Verwaltung wird zunächst ein Mehr an Investitionen aber dann einen erheblichen Rationalisierungsschub auslösen der erhebliche Ressourcen, auch personaler Art freisetzen wird. Daher möchte ich gerne gemeinsam mit der Verwaltung die Digitalisierung forcieren um die Synergieeffekte möglichst frühzeitig und umfassend nutzen zu können.

Dies ist dann auch schon ein Teil meiner Antwort auf die Frage Wie wirkt sich das Haushaltsdefizit auf die Qualität der Dienstleistungen aus? Die Leistungserbringung muss und wird sich ändern. Die digitale Transformation wird große Herausforderungen an die Nutzer städtischer Dienstleistungen stellen. Städtische Dienstleistungen künftig digital, aber gleichzeitig auch barrierefrei für jedermann zu erbringen wird aber eine ebenso große Herausforderung für die Stadt Wetter als Leistungserbringer darstellen. Dies bringt mich zur nächsten Frage: In welchem Umfang tritt die Stadt Wetter (Ruhr) als Arbeitgeber auf? Durch die zunehmende Digitalisierung wird die Bedeutung der Stadt Wetter als Arbeitgeber perspektivisch weiter abnehmen. Auch die Stadt Wetter als Arbeitgeber wird sich dem Diktat der Algorithmen nicht verschließen können und die Anzahl der Beschäftigten in den klassischen Verwaltungsbereichen wird weiter abnehmen. Aber das bringt mich zur Frage Welche Möglichkeiten der Personalentwicklung bestehen? (Mitarbeiterperspektive) Diese Frage möchte ich so beantworten ein weniger an Personal wird mit einem mehr an Qualifizierung einhergehen müssen. Die Arbeit wird sich von den Inhalten aber auch von den Anforderungen her in großen Bereichen drastisch ändern. Für die einzelnen Mitarbeiter werden sich dadurch anspruchsvollere und damit besser vergütete Tätigkeiten ergeben, auch wenn Arbeitsplätze unter dem Strich weniger werden. Ich möchte an dieser Stelle nochmal darauf hinweisen das ich hier nicht über Arbeitsverdichtung rede, sondern einen

gesamtgesellschaftlichen Prozess, der unvermeidbar auch die Stadt Wetter erfasst. Dieser Prozess haben wir heute zu initiieren und zu begleiten und in den vor uns liegenden Jahren umzusetzen. Im hier vorliegenden Haushalt sehe ich zu wenig von den nötigen Investitionen in die Zukunft.

Die Stadt Wetter hat aber nach meiner Überzeugung auch die soziale, gesamtgesellschaftliche Verpflichtung auszubilden. Eine Investition in Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft. Allerdings ist es auch wichtig den Jugendlichen eine Übernahme Perspektive zu bieten.

Da die Transferaufwendungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung gegenüber 2017 steigen, insgesamt um rd. 838 T €. Sollte meiner Ansicht nach auch der Block Jugendhilfe als eine der wenigen von uns beeinflussbaren Größen kritisch überprüft werden. Wir müssen uns verabschieden von dem Gedanken, dass mehr Geld gleich mehr Qualität ist und die Effizienz einzelner Maßnahmen hinterfragen. Auch bin ich der Ansicht dass hier mehr Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit ein Gewinn sein könnte. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass ein Teil der ehrenamtlichen Energie, die jetzt auf Migranten verwandt wird helfen könnte, unsere einheimischen Familien mit sozialem Förderbedarf zu unterstützen. Damit wäre sicher viel gewonnen.

Die geplante Verringerung der Kosten für den Bereich Asyl begrüße ich. Allerdings stört mich die Einschränkung des Kämmersers, das die Aufwendungen u. a. abhängig von der Anzahl und Dauer der Flüchtlingszuweisungen und von der Entscheidung, inwieweit Asylverfahren von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten beschleunigt werden können. Ich erwarte von Bund und Land das alles getan wird um diese Kostenbelastung von den Kommunen wegzunehmen. Diese Aufgabe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von den Kommunen nicht beeinflusst werden kann. Daher dürfen die Kosten auch nicht auf die Kommunen abgewälzt werden.

Sie, Herr Kämmerser, haben uns, der Politik, jetzt seit Jahren ins Stammbuch geschrieben: „Die Fortschreibung des HSK verdeutlicht, dass größere Konsolidierungsbemühungen erforderlich sind, wofür aber vielfach politische Beschlüsse benötigt werden.“ Das heißt, wir als Kommunalpolitiker müssen endlich eine Aufgabenkritik einleiten, die diesen Namen verdient. Ich möchte eine solide Aufgabenkritik mit einer umfassenden Organisationsplanung. Wir müssen endlich klar benennen, welche freiwilligen Aufgaben wir abbauen und welche organisatorischen Änderungen wir uns bei den pflichtigen und Pflichtaufgaben vorstellen können, um hier gegebenenfalls einzusparen. Diese Aufgabenkritik muss unter der Maxime stehen Unsere Infrastruktur zu entwickeln, nicht Sie zu zerschlagen. Die Stadt Wetter muss ein verlässlicher Vertragspartner und ein verlässlicher, fürsorglicher Arbeitgeber sein. Sie muss verantwortlich die Aufgaben wahrnehmen, die unsere Bürger wirklich brauchen. Und trotzdem müssen Ausgaben und Einnahmen sich die Waage halten.

8.12.2017

Also bitte ich wie jedes Jahr wieder Sie, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns an einen Tisch setzen und endlich unsere Arbeit tun. Gemeinsam mit der Verwaltung, deren Teil wir sind. Ich habe es schon einmal gesagt: *Herman Cain, ein US-amerikanischer Politiker* hat einmal gesagt: „Ich bin kein Berufspolitiker. Ich bin ein professioneller Problemlöser und ich glaube wir sollten die Bezüge der Senatoren und Kongressabgeordneten so lange um 10 Prozent kürzen, bis sie den Haushalt ausgeglichen haben.“ Vielleicht sollten wir uns diesen Ansporn des Herrn Cain mal alle selbst verordnen. Es könnte ja sein, das die Politik in Wetter dadurch gewinnt. Wann also beschäftigen wir, meine Damen und Herren des Rates, uns wirklich ernsthaft damit Aufgaben kritisch zu hinterfragen um Möglichkeiten zum Haushaltsausgleich zu nutzen?

Und dies ist vielleicht eine gute Stelle um einmal Danke zu sagen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hasenberg, ich bitte Sie allen Mitarbeitern dieser Stadt herzlich Danke zu sagen. Danke dafür, diese Mitarbeiter jeden Tag die Arbeit der Politik machen, nämlich zu gestalten und wirtschaftlich mit den Ressourcen des städtischen Haushalts umzugehen und die sich dafür oftmals noch anfeinden lassen müssen von Menschen, die sehr viel weniger Sach- und Fachkenntnisse haben. Danke dafür, dass diese Mitarbeiter dabei immer noch freundlich bleiben.

Ich möchte mich bedanken, bei allen die dafür Verantwortung tragen, dass wir trotz Haushaltssicherungskonzept noch in unsere Schulen investieren können und das auch tun. Danke dafür, dass wir in unserem Haushalt noch viele kleine freiwillige Leistungen abbilden, die sich eigentlich nicht mit der Haushaltssicherung vertragen, aber die unseren Bürgern das Gefühl geben, das Wetter ihre Stadt, ihre Heimat ist.

Weihnachten steht vor der Tür. Es ist die Zeit der Besinnung, aber auch die Zeit der Hoffnung. Deswegen will ich die Hoffnung nicht aufgeben dass wir die Stadt Wetter noch zu einem besseren entwickeln können. Sie hat es verdient. Und wir haben die Pflicht dafür gemeinsam zu arbeiten. Über alle Parteigrenzen hinweg.
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit